

Landesregierung trägt Elternwillen nicht Rechnung

Zur SchülerInnenstatistik des Bildungsministeriums zum Schuljahresbeginn erklärt die bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Die Anmeldezahlen der SchülerInnen für die weiterführenden Schulen bestätigen den von uns prognostizierten Trend: Eltern wählen mehrheitlich Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

Die Regionalschule hat eine deutlich geringere Akzeptanz. Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell, vielerorts wie z.B. im ganzen Kreis Stormarn ist sie mangels Anmeldungen jetzt schon abgeschafft.

Konsequent wäre deshalb jetzt umzusteuern und gar nicht erst mit der Einrichtung von Regionalschulen zu beginnen sowie Gemeinschaftsschulen und Gymnasien rechtlich und im Hinblick auf die Ressourcen gleichzustellen.

Genau das haben wir vor den Sommerferien im Landtag gefordert. Der Großen Koalition fehlt hierzu der Mut. Wir werden bei diesem Thema nicht lockerlassen, denn wir wollen nicht, dass neue so genannte „Restschulen“ entstehen.

Mangelnden Mut zeigt das Ministerium auch bei der Einstellung von neuen Lehrerinnen und Lehrern. Fast zwei Drittel bekommen nur befristete Verträge und in den Mangelfächern werden nur 22 SeiteneinsteigerInnen aus anderen Berufen akzeptiert.

Die dringend benötigten zusätzlichen Lehrerstellen kommen erst im nächsten Jahr. So schafft man keine Abhilfe bei akutem Lehrermangel. Wir erwarten einen heißen Herbst bei den bildungspolitischen Haushaltsberatungen.
